

Bewerbungen ohne Angaben

✘ Um angeblich Migranten und Frauen (?) vor „Diskriminierung“ zu schützen, werden einige Firmen ab September auf Bewerbungen zurückgreifen, die nichts aussagen (PI [berichtete](#)). Also kein Alter, kein Name, kein Geschlecht... Egal, ob die Arbeitgeber dagegen sind. Sie müssen als Feindbild aufgebaut und gegängelt werden. Und ein lückenloser Lebenslauf erlaubt keine Rückschlüsse auf das Alter? Am besten verbieten wir den auch.

Die Tagesschau [schreibt](#):

„Bei Bewerbungen haben Frauen mit Kindern, ältere Menschen oder Bewerber mit ausländisch klingenden Namen deutlich schlechtere Chancen als andere,“ beklagt die Leiterin der Antidiskriminierungsstelle des Bundes, Christine Lüders. Sie verweist auf eine aktuelle Studie des Bonner Instituts zur Zukunft der Arbeit (IZA) und der Universität Konstanz. Diese belegt, dass Bewerber mit einem türkischen Namen bei der Stellensuche benachteiligt werden. Bei einem Feldversuch war ihre Chance auf eine Einladung zu einem Vorstellungsgespräch um bis zu einem Viertel geringer als bei Bewerbern mit einem deutschen Namen.

Lüders Behörde startet deshalb im September eine Pilotstudie zur Anonymisierung von Bewerbungen, an der insgesamt fünf Firmen teilnehmen. Ziel ist es, dass Unternehmer nur aufgrund der fachlichen Qualifikation eines Bewerbers entscheiden, ob die Person zum Vorstellungsgespräch eingeladen wird oder nicht. Der Kosmetikkonzern L’Oreal und der Konsumgüterhersteller Procter & Gamble werden bei dem Testlauf mitmachen. Die anderen drei Unternehmen sollen am Mittag bekannt gegeben werden.

Ab September werden diese Firmen testen, ob anonyme Bewerbungen älteren Kandidaten, Frauen oder Ausländern bessere Jobchancen bringen. In dem anonymisierten Verfahren werden

Anschreiben und Lebenslauf verändert. Der Name und die Adresse des Bewerbers dürfen nicht in den Unterlagen auftauchen, denn ersteres lässt Rückschlüsse auf die Herkunft zu und zweiteres auf den sozialen Status des Interessenten.

Außerdem legt der Bewerber seinen Unterlagen kein Foto bei und gibt weder Geburtsdatum noch Familienstand an. So soll eine Diskriminierung aufgrund des Alters oder der Herkunft verhindert werden. Menschen über 50 Jahre und Bewerber mit ausländischem Namen würden nunmal „häufig zuerst vom Stapel der Bewerbungen aussortiert,“ sagte Lüders dem „Hamburger Abendblatt“.

Die Arbeitgeber sind gegen diesen Schwachsinn. Sie wissen vermutlich nicht, dass türkische Abkömmlinge die besseren Schulabschlüsse haben. So erfolgt das Aussortieren dann eben im Vorstellungsgespräch.

WELT schäumt über Sarrazins Buch



Thilo Sarrazin hat –

wie wir [bereits wissen](#) – ein Buch geschrieben, das im Herbst erscheinen soll. Der SPIEGEL hat einen Vorabdruck gebracht, der die WELT zum Schäumen bringt. Wegen schlichter Wahrheiten und weil er kein moslemisches Deutschland will, wird Sarrazin kurzer Hand mit dem reaktionären Spießler Ekel Alfred in einen Topf geworfen.

Die schlichte Logik: Wer keine eingewanderten Nazis will, ist selbst einer.

Die WELT [schreibt](#):

Einst hatte das Land Ekel Alfred, jetzt hat es Thilo Sarrazin. Wieder so ein Schnauzbart, der jedes noch so heilige Tabu für eine Pointe opfert. Den einen ist er schlicht ein Widerling, den anderen der letzte Aufrechte. Er ist ein Quotenkönig, dessen Sprüche über Migranten und Hartz-Empfänger legendär sind, der gehasst und zugleich verehrt wird wie kaum ein anderer.

(...)

„Ich möchte nicht, dass das Land meiner Enkel und Urenkel zu großen Teilen muslimisch ist, dass dort über weite Strecken Türkisch und Arabisch gesprochen wird, die Frauen ein Kopftuch tragen und der Tagesrhythmus vom Ruf der Muezzine bestimmt wird“, schreibt Sarrazin in einem Vorabdruck, den der „Spiegel“ veröffentlicht.

Eine Ansicht, die offenbar verboten ist. Wer der faschistischen Ideologie des Islam nicht alle Türen öffnet, ist höchst verdächtig.

Da kommt einer mit klaren Botschaften, aufgeschrieben in einer Sprache, die niemand missverstehen kann. „Demografisch stellt die enorme Fruchtbarkeit der muslimischen Migranten eine Bedrohung für das kulturelle und zivilisatorische Gleichgewicht im alternden Europa dar“, schreibt er und lässt mit diesem Satz ebenso wenig Fragen offen wie mit der folgenden Aussage über die Muslime in Deutschland: „Kulturell

und zivilisatorisch bedeuten die Gesellschaftsbilder und Wertvorstellungen, die sie vertreten, einen Rückschritt.“

Tja – da hat er recht. Oder ist der Islam kein kultureller und zivilatorischer Rückschritt, mit der Stellung der Frau, mit seinen Zwangsheiraten, dem Abhacken von Körperteilen, Ehrenmorden? Und ist eine Sprache besser, die man missverstehen kann?

Natürlich hat Sarrazin auch Antworten auf die von ihm geschilderten Probleme. „Es reicht aus, dass Muslime unsere Gesetze beachten, ihre Frauen nicht unterdrücken, Zwangsheiraten abschaffen, ihre Jugendlichen an Gewalttätigkeiten hindern und für ihren Lebensunterhalt selbst aufkommen“. Wer möchte ihm da widersprechen? Nur leider fehlt bei Sarrazin jeder Hinweis darauf, dass die Mehrheit der in Deutschland lebenden Muslime sich an Recht und Gesetz hält.

Reicht es nicht, wenn die WELT und andere Medien ständig gebetsmühlenartig darauf hinweisen?

» redaktion@welt.de

(Spürnasen: ArmySalamy und Ein Freund)

Islam spielerisch entdecken



Salem Aleikum! Der Salam-Verlag hat ein Buch extra für die Zielgruppe Migrantennachwuchs herausgebracht. Es ist für Kinder, die angeblich besser deutsch können als ihre Muttersprache, also offenbar in Kanacksch. Zielgruppe sind neben Kindern mit islamischen Wurzeln auch christlich geprägte, denen die Welt des Islams näher gebracht werden soll.

Ob auch die Vergewaltigung zwangsverheirateter kleiner Mädchen durch alte Knacker spielerisch erfahren wird, sagt der Beitrag nicht.

Ad hoc-News [schreibt](#):

Die ersten fünf Buchtitel erscheinen im Herbst.

Da stellt «Der kleine Hassan» Fragen zum Propheten Mohammed ebenso wie zu Jesus, dem islamischen Opferfest und Weihnachten. In «Fayzal der Krebsfänger» lernt ein Junge, mit seiner Erkrankung umzugehen. «Mein erstes Gebetbuch» führt mit heiteren Bildern spielerisch in die islamischen Gebetsrituale ein. Begleitet von einem Kätzchen, das sich ebenfalls an den Verbeugungen versucht. «Arabisch lernen mit Simsim» ist ein Lehrbuch für Grundschüler. Hier verfolgt die Didaktik neue Wege der Sprachvermittlung für in Deutschland aufwachsende muslimische Kinder. «Das Geschenk» vermittelt einem kleinen Jungen den Wert des Wortes, ob vom Großvater oder Propheten Mohammed gegeben, als besondere Gabe.

Für Salam-Verlagsleiter Ahmad Milad Karimi, der 2009 als erster den Koran poetisch und wortgetreu ins Deutsche

übertrug und Herausgeber der Literatur- und Kunstzeitschrift «Kalliope» ist, bedeutet das neuartige Verlagskonzept «Pionierarbeit auf jeder Ebene», wie er betont. Ziel sei dabei nicht, «islamisches Gedankengut zu verbreiten», sondern «Muslime in Deutschland in ihrer eigenen Religiosität und Komplexität zu unterstützen»

Christian Zell, stellvertretender Leiter der städtischen Kindertagesstätte Pastorenweg in Bremen, in der «70 bis 80 Prozent meist islamische Migrationskinder» betreut werden, würde es «sehr begrüßen», wenn er mehr kindgerechte Literatur zu islamischen Festen und interkulturellen Themen zur Auswahl hätte. Erinnert er sich doch, wie zum letzten Opferfest türkische Mütter des Kita-Beirats mit Selbstgeschriebenem von Gruppe zu Gruppe gingen, um den Kindern die Bedeutung des muslimischen Feiertags zu erklären.

Das finden wir toll, dass es eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist, Kindern den Islam näherzubringen. Es ist ja geradezu eine Zumutung, dass moslemische Eltern das Gemetzel des Opferfestes selbst ihren Kindern erklären müssen!

Die Verlagsidee «ist mehr als überfällig», sagt Sineb El Masrar, Herausgeberin und Chefredakteurin der «Gazelle» in Berlin, dem einzigen interkulturellen Frauenmagazin für Migrantinnen. Die Tochter marokkanischer Einwanderer kennt bisher keine deutsche Kinderliteratur, die sich mit dem Leben in dem neuen Kulturkreis und besonders mit der «Integration muslimischer Mädchen» befasst. Das habe ihr selbst «oft auch gefehlt». Großen Bedarf für die Bücher macht die heute 29-Jährige nicht nur für Familien aus, sondern ebenso in Grundschulen und Kindergärten. Als Mitglied der Deutschen Islamkonferenz (DIK) sieht sie eine wichtige Aufgabe darin, erst einmal das Interesse an dieser Literatur zu wecken.

Bülent Uçar, deutsch-türkischer Professor für Islamische Religionspädagogik an der Universität Osnabrück und Autor des

für deutsche Grundschulen entwickelten Lehrbuchs «Mein Islambuch», bemängelt, dass es hierzulande bisher «nur wenig Material» gebe, um das Zusammenleben von «Muslimen und Christen zu stärken». Der Wissenschaftler begrüßt die Verlagsgründung. Sie greife Themen der Islamkonferenz auf und komme seiner «Forderung entgegen», mehr «für die Normalität des Islams» in Deutschland zu tun.

Milad Karimi hat zur Begleitung seiner Verlagsidee einen «wissenschaftlichen Beirat» einberufen. Neben Sineb El Masrar, Bülent Uçar sowie der Mitverlegerin und Islamwissenschaftlerin Nora Hodeige, konnte er den vielfach ausgezeichneten deutsch-irakischen Schriftsteller mit christlich-aramäischen Wurzeln Rafik Schami und den österreichischen Menschenrechtler Alfred Zauner gewinnen.

Um erstmal die kleine Auflage von 2000 bis 3000 Stück je Titel gezielt zu vermarkten, will Andreas Hodeige – Rombach-Verleger und Hauptegnier des Salam-Verlags sowie mehrerer Buchhandlungen – dahin liefern, «wo die Menschen sind». Dabei hat er deutsche und muslimische Schulen, Moscheen, Imame und Kindergärten im Blick. Nicht aber Buchhandlungen, denn seiner Erfahrung nach kommen muslimische Eltern nur selten dort hin, weil es bisher kaum kindgerechte Bücher mit islamischem Hintergrund in deutscher Sprache gibt.

Aha. Das ist also der Grund. Nicht etwa der, selbst gar kein deutsch zu können und des Lesens unkundig zu sein.

Sarkozy: Ein hässlicher

Franzose?



Weil Sarkozy endlich mal das macht, was die Mehrheit der Franzosen wünschen, zeigt er laut WELT seine „hässliche Seite“. Der Präsident der Nachbarrepublik hat es gewagt, darüber nachzudenken, kriminellen Einwanderern die Staatsbürgerschaft zu entziehen. Autor Dominique Moisi würde sein Haus natürlich sofort für Kriminelle öffnen, die ihn bestehlen und totschießen. Erfolgreiche Integrationspolitik brauche schließlich Zeit, belehrt er uns.

So [schreibt](#) der Harvardprofessor in der WELT:

Großbritannien und Frankreich hatten die Wahl zwischen Krieg und Schande. Sie haben die Schande gewählt und werden den Krieg bekommen.“ Winston Churchills berühmte Kritik an der britischen und französischen Verzögerungstaktik am Vorabend des Zweiten Weltkriegs sollte dem französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy eine Warnung sein. Für das böartige Schüren von Emotionen gegen Einwanderer, um kurzfristig politisches Kapital daraus zu schlagen, wird er zuerst Schande ernten und dann die Niederlage bekommen. Sarkozy will in Frankreich geborenen Bürgern die Staatsbürgerschaft entziehen, wenn diese wegen versuchter Tötung von Polizisten, Polygamie oder „Beschneidung“ von Frauen verurteilt werden.

Obwohl heute eine Mehrheit der Franzosen mit Sarkozys Dabei lehnen die meisten Franzosen gar nicht so sehr Sarkozys Amtsführung ab als vielmehr seine Art. In Zeiten steigender Arbeitslosigkeit und Zukunftsangst brauchen die Franzosen

eine in sich ruhende Vater- oder Mutterfigur und keinen nervösen und manipulativen Staatschef, der bereit ist, ethische Belange und die stolze französische Tradition der Gleichbehandlung aller Bürger vor dem Gesetz über Bord zu werfen Rhetorik der Einwanderer-Beschimpfung sympathisiert, ist das keine Garantie, dass sie ihn 2012 auch wiederwählen werde.

(...)

Aber eine reine „Law-and-order“-Reaktion auf diese Probleme wird den durch Jahre schlechter Politik und Vernachlässigung entstandenen Schaden nicht wie von Zauberhand reparieren. Zu viel Staat ist nicht die Antwort auf einen lokal gescheiterten Staat. Erfolgreiche Bildungs- und Integrationspolitik brauchen ihre Zeit, um zu funktionieren, und daher wird es zu den nächsten Wahlen noch keine klaren Resultate geben. Die Einwanderer, vor allem die Muslime, zu stigmatisieren oder die Lager der Roma zu zerstören ist halt viel einfacher. Damit kommt die wahrhaft opportunistische und amoralische Seite Sarkozys und seines Umfelds zutage.

(Spürnase: Leser)



Mönchengladbach:

Bürgerprotest hält an



Über 200 Menschen gingen am vergangenen Montag auf die Straße, um gegen die Pläne des vom Verfassungsschutz beobachteten radikal islamischen Vereins „Einladung zum Paradies e.V.“, im Mönchengladbacher Stadtteil Eicken eine Islamschule zu errichten, zu protestieren. Bei der insgesamt friedlich verlaufenen Demonstration kam es immer wieder zu teils hitzigen Diskussionen zwischen Befürwortern und Gegnern der Islamschule.

Dabei versuchte insbesondere der Leiter der Islamschule, Muhamed Ciftci, der mit Äußerungen wie „Steinigung ist gerechtfertigt“ und „alles, was im Koran steht und uns vom Propheten überbracht wurde, [ist] gerecht und vernünftig“ in Erscheinung tritt, den Protest als grundlose „Islamhetze“ darzustellen.

Der Verein „Einladung zum Paradies e.V.“, der die umstrittene Islamschule in Mönchengladbach bauen will, sei in der Vergangenheit Anziehungspunkt für salafistisch orientierte Islamisten gewesen, erklärte die Leiterin des Verfassungsschutzes in NRW, Mathilde Koller.

Salafismus ist nach Angaben des Verfassungsschutzes eine islamistische Strömung, die die Anwendung von Gewalt nicht grundsätzlich ablehnt. Sie verlangt von Muslimen, sich in Glauben, religiöser Praxis und Lebensführung, also auch in gesellschaftlichen und politischen Fragen, ausschließlich an

den Prinzipien von Koran und Sunna („Prophetentraditionen“) auszurichten.

Prinzipien, die z.B. in Sure 2, 191 des Koran unmissverständlich festgeschrieben sind:

„Und tötet sie, wo immer ihr auf sie stoßt, und vertreibt sie von dort, von wo sie euch vertrieben; denn Verfolgung ist ärger als Totschlag. Bekämpft sie aber nicht bei der Heiligen Moschee, solange sie euch dort nicht angreifen. Doch wenn sie euch angreifen, dann kämpft wider sie; das ist die Vergeltung für die Ungläubigen.“

Im Internet sind inzwischen zwei Videobotschaften aufgetaucht, in denen jene Journalisten als „Lügner“ beschimpft und als „Terroristen“ verunglimpft werden, die in den vergangenen Tagen über die geplante Islamschule der islamistischen Salafisten in Mönchengladbach berichtet hatten.

NRW-Integrationsminister Guntram Schneider (SPD) ist ebenfalls gegen den Bau der umstrittenen Islamschule in Mönchengladbach. Bei den Salafisten handle es sich um eine extremistische Gruppierung, die möglicherweise auch militante Züge habe. Der SPD-Politiker nannte vor allem das Frauenbild „erschreckend“. Unterstützung erhält die Islamistenschule von der Partei DIE LINKE. Offenbar haben verfassungsfeindlich eingestellte Gruppierungen untereinander keine Berührungspunkte.

Während der Montagsdemo hat sich eine Bürgerbewegung von Anwohnern gegründet, die den Protest gegen den Verein „Einladung zum Paradies e.V.“ weiter vor Ort betreiben werden. Wer die Anwohner unterstützen möchte, ist eingeladen, sich an den Aktionen der Bürgerbewegung zu beteiligen. Wann und wo der Protest weitergeht, erfährt man am besten über die Kommentarseiten von RP-Online.de (Mönchengladbach). Die Vereinnahmung des Protestes durch politische Parteien oder Extremisten – gleich welcher Art – ist von der Bürgerbewegung ausdrücklich nicht gewünscht. Das wäre auch kontraproduktiv,

denn nur zu gern werden friedliche und normale Bürger von den „Qualitätsmedien“ in die rechte Ecke gedrückt, wenn sie gegen gewaltbereite Islamisten protestieren.

Pro-NRW hatte angekündigt, sich unabhängig von der Mönchengladbacher Bürgerbewegung mit islamkritischen Demonstrationen am Protest zu beteiligen.

Video des Bürgerprotestes vom Montag:

PI-Beiträge zum Thema:

- » [Journalisten fühlen sich bedroht](#)
- » [Mönchengladbach: Salafisten geben sich empört](#)
- » [Mönchengladbach: Protest gegen Salafistenschule](#)

Rheinische Post-Artikel zum Thema:

- » [Bürgerbewegung: Weitere Aktionen geplant](#)
- » [Kampagne der Salafisten gegen Reporter](#)
- » [Ciftci: Steinigung ist gerechtfertigt](#)
- » [Protest in Mönchengladbach geht weiter](#)
- » [LINKE verteidigt Islamistenschule in Mönchengladbach](#)
- » [Prostest gegen Islamschule: Eickener lassen Pro NRW abblitzen](#)



Richter verurteilt zu Querschnittslähmung

✘ Mit dem Islam ist es eine seltsame Sache. Wer nach eigenen Angaben wenig darüber weiß, wie fast alle deutschen Politiker, ist fest davon überzeugt, dass es sich um eine tolerante Religion des Friedens handele, die nur von einer Minderheit missverstanden und zur Begründung maßloser Grausamkeit missbraucht würde. Aber je mehr man den Islam studiert, wie etwa die islamischen Rechtsgelehrten in Saudi-Arabien oder die Mullahs im Iran, desto mehr missversteht man die Lehre des friedlichen Kriegsherren Mohammed.

So jetzt auch ein Richter in Saudi-Arabien, der dringend einen Arzt sucht, der einem Deliquenten das Rückenmark verletzt, um diesen zu lähmen. Der [Tagesanzeiger berichtet](#):

Ein Richter in Saudiarabien sucht laut Medienberichten nach einem Weg, einen Verurteilten lähmen zu lassen. Und hat dazu Experten befragt.

Das Gericht in der nordwestlichen Provinz Tabuk habe mehrere Krankenhäuser gefragt, ob sie das Rückenmark des Mann operativ beschädigen könnten, damit dieser eine Querschnittslähmung erleide, berichteten mindestens zwei saudiarabische Medien am Donnerstag. Der Verurteilte wurde schuldig gesprochen, einen anderen Mann mit einem Beil angegriffen und ihn dabei gelähmt zu haben.

Nachdem bereits ein Krankenhaus in der Hauptstadt Riad abgelehnt hat, empfehlen wir dem frommen Richter, sich an die „Ärzte ohne Grenzen“ zu wenden. Wer aus kultureller Sensibilität [Frauen lieber sterben lässt](#), als an den patriarchalen Besitzverhältnissen an Menschen in islamischen Ländern zu rütteln, ist sicher auch bereit, mit einer solchen

unorthodoxen Operation zur Versöhnung der Kulturen beizutragen.

(Foto: Besucher aus aller Welt huldigen der weisen Führung Saudi-Arabiens)

Ultras unter den dauerbeleidigten Leberwürsten



Über die Gründe der geringen Spendenbereitschaft der deutschen Bevölkerung gegenüber den Opfern der Flutkatastrophe in Pakistan ist schon viel geschrieben worden, unter anderem hier auf PI (siehe [Ärzte ohne Gewissen](#) und [Spendenebbe für Flutopfer in Pakistan](#)). Jetzt befasst sich auch die [taz](#) mit dem heiklen Thema und Autor Deniz Yücel, hoppla, nimmt dabei kein Blatt vor den Mund.

Auszüge:

Ihr schlechtes Image [...] haben sich die pakistanische Regierung ebenso wie die pakistanische Gesellschaft in den vergangenen Jahren redlich erarbeitet. (So wie, sagen wir, die Stadt Duisburg auch nicht unverdient zu ihrem wenig schmeichelhaften Ruf gekommen ist.) Nicht nur das Image Pakistans ist beschissen; Pakistan selbst ist ein Scheiß-Staat. Denn, nein, nicht jedes Urteil ist ein Vorurteil; und

ja, es ist blöd, aber wahr, dass viele Klischees leider stimmen.

Zum Beispiel dieses: Geschieht irgendwo in der Welt irgendetwas, durch das sich Muslime beleidigt fühlen (und das ist eine ganze Menge), strömen als Erstes in Islamabad, Karatschi oder Rawalpindi bärtige Männer und ganzkörperverschleierte Frauen auf die Straßen, verbrennen Fahnen und wünschen lauthals irgendwem den Tod. Dass sie an ihren Füßen häufig kaum mehr als ein Paar Sandalen aus Autoreifen tragen, scheint diese Leute weniger zu stören als die Veröffentlichung irgendwelcher Karikaturen in einem 5.000 Kilometer entfernten Land. Unter den dauerbeleidigten Leberwürsten, als die sich die Muslime so gerne präsentieren, sind die Pakistanis die Ultras. Aber sie sind keine Hinterwäldler. Auf ihre Weise nehmen sie am Weltgeschehen teil; erst im Juni wieder, als man gegen den Facebook-Gründer Mark Zuckerberg protestierte, weil User der Seite zu einem Mohammed-Karikaturen-Wettbewerb aufgerufen hatten.

„Möge es dir Gott geben“, lautet eine türkische Redewendung, mit man Bettler abwimmelt, denen man nichts geben möchte. Man ist versucht, den Pakistanis diese Phrase zuzurufen. (Wie man geneigt ist zu wünschen, Mullah Omar und die Seinen mögen in ihren Höhlen untergehen.)

Gut, dass wir das nicht so geschrieben haben...

Blutspur durch Nürnberg

☒ Das gibt's doch nicht, werden Sie jetzt ausrufen, und genauso überrascht reagieren höhere Polizeibeamte in Nürnberg. Ausgerechnet ein paar junge Talente, die gekommen

sind, um Deutschland nach dem Krieg aufzubauen, unsere Rente zu zahlen und überall mit ihrer bunten Folklore Freude zu verbreiten, benahmen sich wie aus heiterem Himmel vollkommen atypisch.

Statt wie sonst üblich Mathematik oder in besonders gelungenen Fällen sogar Sozialpädagogik zu büffeln, zogen die jungen Türken und der Deutsche Ozan Karadogan (*Foto links*) eine Blutspur zerstörter Schädelknochen durch die Stadt. Da [staunt die Abendzeitung](#):

Onur K. (17), sein Zwillingsbruder Orcun, Waldig D. (19). Ozan K. (17) und zwei Kumpel (beide 18) sind Nürnbergs brutalste Schläger-Gang! In der Nacht zum 17.Juli schlugen die sechs jungen Männer in der Nürnberger City in sechs Stunden acht Menschen wahllos und grundlos zusammen, prügeln buchstäblich eine blutige Schneise durch die Innenstadt! Zwei der Opfer schwebten sogar in Lebensgefahr.

Mitternacht, der Beginn der unfassbaren Gewalt-Orgie in der Königstraße: Die Bande pöbelte zwei Männer (19, 20) an, forderte Geld, behauptete, die Opfer hätten Schulden bei den Tätern. Die beiden widersprachen überrascht – und wurden sofort zusammengeschlagen. Das Sextett klaute ihnen Geld und ließ die blutenden Männer zurück.

Kurz nach 1 Uhr: Die Schläger zogen weiter zum Bahnhofplatz. Dort guckten sie sich einen 19-Jährigen aus. Als sie mit ihm fertig waren, hatte der junge Mann Prellungen am ganzen Körper, dazu eine Gehirnerschütterung.

2.15 Uhr: Vier Männer zwischen 20 und 26 Jahren zogen feuchtfröhlich durch die Vordere Sterngasse. Sie feierten eine Junggesellen-Abschieds-Party. Vor der Discothek „Backside“ war es mit der Ausgelassenheit dann vorbei. Die Bande zettelte plötzlich einen Streit an, dann flogen die Fäuste. Zwei Opfer gingen zu Boden. Die Gewaltbereitschaft der Täter steigerte sich nun: Sie traten auf Köpfe und

Gesichter ein. Nur mehreren mutigen Frauen, die sich einmischten, ist es zu verdanken, dass die Täter flüchteten. Einen 25-Jährigen und einen 26-Jährigen erwischte es am Schlimmsten: Einer der beiden erlitt einen Unter- und Oberkiefer sowie einen Joch- und Nasenbeinbruch. Er schwebte ebenso in Lebensgefahr wie sein Kumpel, der eine Gehirnblutung erlitt. Der Bräutigam blieb unverletzt.

6 Uhr: In der Ottostraße beobachtete eine Taxifahrerin, wie die Gruppe einen 21-Jährigen bis zur Bewusstlosigkeit verprügelte. Die Frau stieg aus, warf sich über das Opfer, schützte es mit ihrem eigenen Körper – die Täter hauten ab.

Alle sind keine unbeschriebenen Blätter

Zeugen alarmierten die Polizei. Am Plärrer wurden vier der Gewalttäter festgenommen. „Zu diesem Zeitpunkt konnten wir aufgrund unterschiedlicher Zeugenaussagen bei den anderen Schlägereien noch gar keinen Zusammenhang feststellen“, sagt Wolfgang Eberle, Kriminalhauptkommissar. Als sich aber im Rahmen der Ermittlungen die einzelnen Tatorte und Zeugenaussagen wie ein Puzzle zusammenfügten, war klar: Das war eine Bande. Die Soko „Backside“ wurde gegründet.

Nach wenigen Tagen erhärtete sich der Verdacht gegen die sechs jungen Männer. Sie alle sind längst keine unbeschriebenen Blätter mehr. Einer der Brüder ist bereits als jugendlicher Intensivtäter bekannt – und einschlägig vorbestraft! Und: Zwei der Schläger wussten genau, wo sie treffen mussten: Der Türke Onur K. und der Deutsche Ozan K. sind talentierte Boxer. Sie wurden bereits Bayerischer bzw. Süddeutscher Meister in ihren Gewichtsklassen bis 55 Kilogramm.

Die Polizei legte den Opfern die Fotos der Kerle hin – sie wurden wiedererkannt. Am Montagfrüh erhielten sie Besuch von der Polizei. Alle wohnen noch bei ihren Eltern in Nürnberg. Fünf wurden festgenommen, einer ist gerade in seinem

Heimatland. Vier sitzen nun in U-Haft. Nur Ozan K. kam auf freien Fuß. Alle legten Teilgeständnisse ab.

Die Polizei ist fassungslos. Eine solche Gewaltserie ist in Nürnberg bisher ohne Beispiel. Eberle: „Die Täter handelten völlig motivationslos. Wenn überhaupt, ging es erst an zweiter Stelle um Geld. Frappierend war die Vorgehensweise: Sie haben sofort zugeschlagen, traten dann gezielt auf die Köpfe der Opfer.“

Wer hätte das gedacht! In der heutigen Printausgabe der Abendzeitung soll die Mutter der Talente eine Stellungnahme abgeben. Wir würden uns freuen, wenn Leser aus der Region uns über die Erkenntnisse des pädagogischen Naturtalents unterrichten würden.

(Spürnase: Klausklever)

Böhmer: Zwangsehen kultursensibel handhaben



„Kultursensibel“

will die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung – Maria Böhmer (CDU) – mit Zwangsehen umgehen. Diese haben selbstverständlich nichts mit der Religion zu tun. Sie kommen

vielmehr überall vor. Dafür hat sie eigens einen [Leitfaden für Schulen](#) verfasst.

Dazu schreibt [cdu-politik.de](#) ein unabhängiger Blog zur CDU-Politik:

Seit diesem Jahr existiert ein Leitfaden für Schulen zum Umgang mit Zwangsverheiratungen, der von der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Maria Böhmer, herausgegeben wird. Eine kritische Analyse des 38seitigen Heftchens offenbart jedoch gravierende Defizite.

(...)

Schon bei der Lektüre von Maria Böhmers Vorwort frage ich mich, ob ich mich befremdet fühlen sollte. Denn dort steht neben vielem Guten und Richtigen auch folgende Passage: „Nur wenn die unterschiedlichen Blickwinkel und Bedürfnisse des Elternhauses ebenso wie

Wir lassen an dieser Stelle das Vorwort hinter uns und hoffen inständig, dass lediglich ein Formulierungsfehler vorliegt. Leider aber kommt der nächste Klops auch bereits auf der nächsten Seite. Zitat: „Die Grenzen zwischen arrangierter Heirat und Zwangsverheiratung können dabei fließend sein. Wenn die Eheleute mit der arrangierten Ehe im Ergebnis einverstanden sind, dann besteht kein weiterer Handlungsbedarf. Da das Vorliegen einer Zwangsverheiratung sich kaum feststellen lässt, ist die subjektiv empfundene Zwangslage der Betroffenen ausschlaggebend.“ Spontan kommt mir hier Theodor Fontanes „Effi Briest“ in dem Sinn. In diesem Roman arrangieren die Eltern der 17-jährigen Titelheldin eine Heirat zwischen ihrer Tochter und dem 21 Jahre älteren Baron von Instetten. Aus Gehorsam ihren Eltern gegenüber und aus einer naiven jugendlichen Schwärmerei heraus lässt das Mädchen widerstandslos zu, dass man sie noch an demselben Tag, an dem sie Instetten zum ersten Mal trifft, mit ihm verlobt. Auf die Frage einer Freundin, ob der Baron denn auch der Richtige sei, erwidert Effi: „Jeder ist der Richtige. Natürlich muss er von Adel sein und eine Stellung

haben und gut aussehen.“ Wenn wir nun die weisen Worte des Leitfadens beherzigen, stellen wir schnell fest: Effi Briest wurde nicht zwangsverheiratet. Es wurde lediglich eine Ehe arrangiert. Es besteht kein weiterer Handlungsbedarf. Fontane hätten sich den Roman sparen können. Die Einstellungen der betroffenen Schülerinnen und Schüler näher in den Fokus genommen werden, kann eine gute und gemeinsame Lösung gefunden werden. Eine kultursensible Herangehensweise und entsprechende interkulturelle Fähigkeiten sind dabei unverzichtbar.“ Nun habe ich als unbedarfter Leser hier bereits ein Problem: Ein Elternhaus, das Zwangsheirat praktiziert, dürfte vor allem die rigorose Durchsetzung seines Vorhabens im „Blickwinkel“ haben, und sein „Bedürfnis“ dürfte darin bestehen, das Kind gegen alle Widerstände an den ausgewählten Gatten zu bringen. Der Satz von Maria Böhmer aber impliziert eine gewisse Gleichrangigkeit zwischen elterlichen Zwangsverheiratungswünschen und dem Selbstbestimmungsrecht des Kindes, sprich zwischen Täter und Opfer. Salopp gesprochen erweckt der Satz den Eindruck, als wolle er sagen: „Die eine Seite möchte gerne jemanden zwangsverheiraten, die andere möchte nicht zwangsverheiratet werden. Wie lösen wir da bloß dieses Problem?“ Der Verweis auf eine „gemeinsame Lösung“ im zweiten Satz hat in diesem Zusammenhang etwas Zynisches und Menschenverachtendes. Seltsam auch, dass den Tätern ein „Bedürfnis“ zugestanden wird, dem Opfer lediglich eine „Einstellung“. Ist es in Wahrheit nicht eher umgekehrt?

Spätestens jetzt klammert sich der empfindsame Leser des Leitfadens an die Hoffnung, dass es doch eigentlich nur noch besser werden könnte. Die Merkwürdigkeiten häufen sich jedoch von nun an. Auf Seite 8 erfahren wir: „Zwangsverheiratung ist jedoch kein Problem einer bestimmten Bevölkerungsgruppe.“ Auf Seite 14 heißt es: „So wird beispielsweise häufig von der unzutreffenden Vorstellung ausgegangen, dass der religiöse Hintergrund der Jugendlichen entscheidend ist.“ Tatsächlich ist es den Autoren des Leitfadens gelungen, ein immerhin 38

Seiten starkes Heft zu dem wichtigen Thema „Zwangsheirat“ hervorzubringen, in dem das Wort „islamisch“ nur ein einziges Mal fällt, und dort auch nur als Teil der relativierenden Äußerung, dass sich Zwangsheirat nicht auf den islamischen Kulturkreis beschränke. Irritierend auch, dass an jenen Stellen, wo davon die Rede ist, dass die Eltern den Verlust der Ehre ihrer Familie befürchten könnten, der Begriff „Ehre“ nicht in Anführungszeichen gesetzt wird. Eine Distanzierung von der diesem spezifischen Ehrenbegriff innewohnenden Antimodernität unterbleibt somit.

Dafür fehlt es aber nicht an guten Ratschlägen. Als auf Seite 15 erörtert wird, wie die Thematik im Unterricht aufgegriffen werden kann, müssen wir lesen: „Bei der Einbindung des Themas sollte darauf geachtet werden, dass keine Fokussierung auf Jugendliche mit Migrationshintergrund stattfindet.“ Der Ratschlag erinnert an den berühmten Monty Python-Ausspruch „Don't mention the war.“ Konsequenterweise müsste er zu der Ermahnung führen, bei der Behandlung des Themas „Vergewaltigung“ bloß nicht zu erwähnen, dass üblicherweise Männer die Täter sind, und auch auf keinen Fall darauf zu verweisen, dass es sich bei Neonazis in der Regel Deutsche ohne Migrationshintergrund handelt.

Einen weiteren Ratschlag finden wir auf Seite 18 unter der Überschrift „Wie gehen wir mit Überforderungssituationen um?“. Hier wird uns in Erinnerung gerufen, dass es für Schulen und Lehrer Grenzen gibt. Zitat: „Die Entscheidung der Betroffenen ist zu respektieren, insbesondere wenn beispielsweise ein betroffenes Mädchen trotz guter Unterstützung in ihre Familie zurückgeht.“ Aus den Augen, aus dem Sinn.

Die Deeskalationsstrategie des Leitfadens erreicht auf Seite 20 ihren Höhepunkt, denn dort empfiehlt man „Kontakt zur Moscheevertretungen, mit denen über vermeintliche [!!!] religiöse Ursachen gesprochen werden kann“.

Auf den Seiten 20 bis 25 findet man „gute Beispiele“

(Originalton) für eine entsprechende Lehrerfortbildung und die Behandlung des Themas im Unterricht, wobei die „Bewertungsspinne“ auf Seite 22 (eine Art Zielscheibe, mit der sich der Grad der interkulturellen Offenheit einer Schule bestimmen lässt) nostalgische Erinnerungen an die guten alten lustigen Bastelbögen der Micky Maus-Hefte der 80er Jahre aufkommen lässt.

Anschließend wird es wieder konkret, wenn auf den Seiten 27 und 28 eine Liste von Warnsignalen aufgestellt wird, die auf Gefährdung einer Schülerin schließen lassen. Das letztgenannte Warnsignal dieser Liste gilt wohl den besonders Scharfsinnigen unter den Lehrern: „Die Betroffene erzählt, dass sie in den Sommerferien für längerer Zeit in das Herkunftsland ihrer Eltern reisen wird und befürchtet, dass sie möglicherweise nicht zurückkehren wird.“ An dieser Stelle noch einmal Danke für den ausdrücklichen Hinweis, dass man aus einer Situation wie der eben geschilderten auf eine Gefährdung der Schülerin schließen kann und darf.

Seite 31 trumps mit dem Hinweis auf, dass Eltern oft gar nicht wüssten, dass sich ihr Kind „vor einer Zwangsverheiratung fürchtet“. Es folgen Ratschläge, ab welchem Zeitpunkt das Jugendamt oder die Polizei einzuschalten sei. Auch nach Ansicht der Autoren des Leitfadens muss das Rumgeeiere wohl irgendwann mal ein Ende haben.

Die Widersprüche des Leitfadens werden bis zum Ende nicht aufgelöst. Die Forderung nach einer „kultursensiblen Herangehensweise“ und „interkulturellen Fähigkeiten“ beißt sich ganz offensichtlich mit der Beteuerung, Zwangsheirat sei keine Frage der Nationalität oder Religion. Hier amtet der Leitfaden den Geist unserer Zeit: Obwohl es zu Gebote stünde, den Kampf gegen Rassismus einerseits und das Eintreten für Rechte von Frauen, Kindern und Jugendlichen andererseits als gleichrangig zu erachten, wird in der Realität immer wieder letzteres dem ersteren untergeordnet – mit sowohl absurden

wie auch verheerenden Folgen.

Dem Leser bleibt die Erkenntnis, dass für den Leitfaden in der Tat eine äußerst „kultursensible“ Sprache gewählt wurde. Eine Sprache, die sich an den Werten unseres Grundgesetzes und am Ideal der Geschlechterdemokratie orientiert, wäre aber zweifellos angemessener gewesen.

Dazu gibt es kaum mehr zu sagen. Aber gut zu wissen, dass Zwangsheiraten in allen Gesellschaften vorkommen. Wir hatten schließlich sowas früher auch. Und wir hätten es fast mit dem Islam und anderen „Kulturen“ in Zusammenhang gebracht...

(Spürnase: felix7)

Free Melilla!



Eine Blockade der unbeachteten Art trifft derzeit die spanische Enklave Melilla an der afrikanischen Mittelmeerküste. Die Stadt, die ebenso wie Ceuta der ungehinderten Invasion von Schwarzafrikanern und Moslems in die europäische Union im Wege ist, wurde von Marokko von Lebensmittel Lieferungen abgeschnitten. Proteste des spanischen Königs zeigen ebenso wenig Wirkung wie die

wachweichen Dialüangebote des sozialistischen Ministerpräsidenten Zapatero.

Die [FAZ berichtet](#) aus Melilla:

Zwei angebliche Nichtregierungsorganisationen (NGOs) – das „Komitee für die Befreiung von Ceuta und Melilla“ und die „Zivilgesellschaft des Nordens Marokkos“ – verhinderten dort mit Duldung der marokkanischen Polizei die Versorgung der Märkte mit Fisch und anderen frischen Lebensmitteln.

In der nächsten Woche sollen die Maßnahmen, die sich gegen „rassistische“ Übergriffe der spanischen Grenztruppen gegen Marokkaner und schwarzafrikanische Migranten richten, auf Baumaterialien ausgedehnt werden. Die Demonstranten, die Lastwagen und Lastträger an der Grenze stoppten und zurückwiesen, wollen außerdem einen zweitägigen Streik marokkanischer Hausangestellter in Melilla durchsetzen.

Der Präsident der spanischen Stadt, Juan José Imbroda, der eine „kalkulierte Strategie“ Marokkos hinter den Aktionen vermutet, über deren Motive er aber rätselt, sagte dazu in einem Interview mit der Zeitung „El País“: „Wenn König Mohamed VI. es will, sind die Spannungen vorbei.“ Er fügte hinzu, dass im Fall der weiteren Unterversorgung der Märkte Lebensmittel vom spanischen Festland eingeführt würden. Im Übrigen, so sagte er mit Hinweis auf die finanziellen Einbußen der Nachbarn, „schießen sie sich in den eigenen Fuß“.

Während die Nichtregierungsorganisationen bei ihren Kundgebungen auf der marokkanischen Seite der Grenze ein „Ende des spanischen Kolonialismus“ in Ceuta und Melilla forderten – in der anderen spanischen Stadt kam es bislang noch nicht zu Boykotten -, klagten die Spanier über „Provokationen“ von „Agitatoren“. Vertreter der spanischen Grenztruppen bestritten jede „Diskriminierung“ oder „Misshandlung“ von Maghrebinern und Afrikanern. Sie

beschwerten sich ihrerseits über ständige Angriffe auf die eigenen Beamten sowie Tötlichkeiten und Beschimpfungen insbesondere weiblicher Mitarbeiter der Polizei. Mitglieder der NGOs, die mehrere spanische Frauen in Uniform fotografiert hatten, verwendeten die Bilder für Fotomontagen auf Plakaten, auf denen die spanischen Polizistinnen mit blutigen Händen dargestellt sind.

Die spanische Regierung von Ministerpräsident José Luis Rodríguez Zapatero behielt ihren Beschwichtigungskurs einstweilen bei und entsandte keinen Emissär nach Rabat, um direkt über den Konflikt und seine mutmaßlichen Ursachen zu beraten. Außenminister Miguel Ángel Moratinos ist im Urlaub. Die spanische Opposition kritisierte derweil, dass die Regierung gleich in der ersten Phase der Auseinandersetzung „den König als Außenminister benutzt“ und damit schon ihr wirkungsvollstes Mittel ohne erkennbares Ergebnis eingesetzt habe. Zapatero, der die Vermittlungsofferte des König vor ein paar Tagen bei einer Begegnung auf dessen Feriendomizil auf Mallorca angenommen hatte, sagte im Anschluss nur, man setze mit Rabat auf „Dialog“, die Beziehungen seien „ausgezeichnet“.

Das geforderte „Ende des spanischen Kolonialismus“ dürfte nichts anderes bedeuten, als die restlose Übergabe der traditionsreichen spanischen Städte Melilla und Ceuta an die Moslems. Beide Orte verdienten sich einstmals Ruhm als Garnisonsstädte der spanischen Fremdenlegion, die heute zu den besten Elitetruppen Europas zählt und im Süden Spaniens besonders bei den Prozessionen der Karwoche, wie hier in Malaga 2010, noch ihre besondere Verbundenheit mit den Traditionen der christlichen Kultur demonstriert.

Das alte Motto der stolzen Legion – Viva la Muerte – wird von heutigen spanischen Politikern offenbar missverstanden. Es handelt sich nicht um eine Aufforderung zum Selbstmord.

(Spürnase: John A.)



Scheich ruft zu Dschihad gegen Christen auf



Scheich Tobah, Imam des ägyptischen Dorfes Shimi, hat im Freitagsgebet zum Dschihad gegen die koptischen Christen aufgerufen. Die örtlichen Christen wurden daraufhin zwei Tage lang verfolgt. Elf Kopten wurden [krankenhausreif geschlagen](#), christliche Jugendliche wurden festgenommen.

Hintergrund des Dschihads ist ein Streit, der zwischen einem christlichen Taxifahrer, der gerade dabei war, sein Auto zu waschen, und einem Moslem ausgebrochen ist. Der Moslem griff den Taxifahrer an, war aber, nachdem Passanten ihn aufhielten, selbst so beleidigt, dass er mit seiner ganzen Sippe zum Prügeln bei der Familie des Christen vorbeiging – aber erst nach Sonnenuntergang, weil der Ramadan eingehalten werden muss. In einem Radiointerview sagte der christliche Taxifahrer:

„Sie haben uns erniedrigt. Wir wurden verprügelt und konnten nichts dagegen tun. Wir waren schwach und hilflos und dazu gezwungen, die Versöhnung zu akzeptieren. Als nächstes werden sie zu uns nach Hause kommen und unsere Frauen vergewaltigen und wir werden nichts dagegen tun können.“

Zwei Wochen vor den Vorfällen sollen fremde Männer im Dorf aufgetaucht sein, die gegen die Christen Stimmung gemacht hätten. Interessant ist ihre Beschreibung: Nachthemdenkleidung und lange Bärte..

(Spürnase: [Daniel Katz](#))

Afghanisches Liebespaar zu Tode gesteinigt



In der afghanischen Provinz Kunduz hatte eine verlobte Afghanin eine Affäre mit einem verheirateten Mann. Rund 100 Dorfbewohner huldigten daraufhin der Scharia mit der öffentlichen Zelebrierung der [Steinigung des Paares](#). Das Todesurteil verhängt hatten die moderaten Taliban, die das Dorf Mullah Quli kontrollieren und sich an der Vollstreckung beteiligten.

Gemäß den Gesetzen der Scharia sei öffentliche Prügel für

unehelichen Geschlechtsverkehr üblich und für außereheliche Affären auch die Todesstrafe, alles bestens im Namen Allahs.

Sogar die BBC hat mittlerweile festgestellt, dass es die Taliban bei ihren Morden auf [Frauen, Kinder und Ausländer](#) abgesehen haben, beonders auch auf Dhimmis, die gekommen sind, um der einheimischen Bevölkerung zu helfen. Doch dies alles wird mit dem Krieg und der kulturellen Eigenheit der Taliban erklärt, nicht etwa mit der Problematik des Islam.

(Spürnase: Michael)

Augsburg: Moslems vergewaltigen 18-Jährige



Die Fälle häufen sich, wo junge Deutsche Frauen Vergewaltigungsoffer von muslimischen Männern werden. Gleich von mehreren Männern türkischer und afghanischer Herkunft wurde eine 18-Jährige am letzten Wochenende auf einem Disko-Parkplatz in Gersthofen bei Augsburg brutal vergewaltigt. Einer von ihnen habe die junge Frau nach dem Besuch einer Diskothek auf einen Parkplatzes gelockt, dann seien mehrere Freunde des Mannes hinzugekommen.

[t-online](#) schreibt:

Die Polizei nahm jetzt sechs junge Männer fest. Gegen vier erging Haftbefehl wegen Verdachts der Vergewaltigung in einem besonders schweren Fall, teilte das Polizeipräsidium Schwaben Nord mit.

Hierbei handelt es sich um zwei türkische Staatsbürger im Alter von 19 und 23 Jahren sowie zwei 21-jährige Deutsche mit türkischer und afghanischer Herkunft. Ein 19-jähriger Deutscher und ein 19-jähriger türkischer Heranwachsender wurden wieder freigelassen. Die Festnahmen waren am Mittwoch erfolgt, aus ermittlungstaktischen Gründen aber noch nicht publik gemacht worden, erklärte ein Polizeisprecher.

Frau auf den Parkplatz gelockt

Die Polizei geht davon aus, dass die Männer die junge Frau am vergangenen Wochenende gemeinsam vergewaltigt haben. Einer von ihnen habe die 18-Jährige, die er in der Diskothek kennen gelernt hatte, in einen unbeleuchteten, schlecht einsehbaren Teil des Parkplatzes gelockt und sie dort zu Sex gezwungen. Dann seien mehrere Freunde des Mannes hinzugekommen. Laut Polizei vergewaltigten sie die Frau „nacheinander und in massiver Weise“. Danach ließen sie das Opfer auf dem Parkplatz zurück.

Männer legen Teilgeständnisse ab

Die 18-Jährige vertraute sich zunächst dem Sicherheitspersonal an, welches unverzüglich die Polizei verständigte. Doch die jungen Männer, die anscheinend von auswärts angereist waren, hatten das Diskogelände bereits verlassen.

Nach umfangreichen Ermittlungen kam es dann am Mittwoch zur Festnahme der sechs Männer aus dem Raum Erlangen. Einige von ihnen legten Teilgeständnisse ab. Wer von ihnen wie genau an der Tat beteiligt gewesen war, sei noch nicht abschließend geklärt, sagte ein Polizeisprecher. Die 18-jährige Frau wird

psychologisch betreut.

PI-Beiträge zum Thema:

- » [Gruppenvergewaltigung – eine Frage der Ehre?](#)
- » [Versuchte Vergewaltigung in Hannover](#)
- » [21-Jährige in Köln vergewaltigt](#)
- » [15-Jährige auf Klassenfahrt vergewaltigt?](#)
- » [13-Jährige brutal vergewaltigt](#)
- » [Elfjährige von "Südländer" vergewaltigt](#)

(Spürnasen: Vanoza, Iqat, Ulrich K., Christof, Dennis B., Stoyan M., Uohmi, Neuland, Vasil, Micha'el, Gabriel, Clara, Schwarzbaer)

Ärzte ohne Gewissen



Wer für die Opfer der Flutkatastrophe in Pakistan spendet, sollte gut Obacht geben, an wen sein Geld geht. Die „Ärzte ohne Grenzen“ geben jetzt zu, dass sich ihre Hilfe nicht nach der medizinischen Bedürftigkeit der Opfer richtet, sondern nach islamischen Vorschriften. Menschen zweiter Klasse, also zum Beispiel Frauen, werden nur behandelt, wenn deren männliche Besitzer dem zustimmen.

„In Franken“ berichtet über den Skandal:

In den Überschwemmungsgebieten im islamischen Pakistan müssen westliche Hilfswerke nach Angaben von „Ärzte ohne Grenzen“ die kulturellen und religiösen Traditionen achten.

Es sei selbstverständlich, dass seine Kolleginnen dort Kopftücher tragen, um auch von der Bevölkerung akzeptiert zu werden, sagte Tankred Stöbe (41), Präsident des deutschen Zweigs der Nothilfe-Organisation, in einem epd-Gespräch am Donnerstag, kurz bevor er nach Pakistan flog.

Frauen im Katastrophengebiet würden auch nur von Ärztinnen oder Krankenschwestern behandelt, nicht von männlichen Medizinerinnen. Der Respekt vor der Kultur gehe soweit, dass Frauen nicht behandelt würden, wenn der Ehemann das ablehne. Zugleich müsse der Fastenmonat Ramadan respektiert werden: „Da muss man auch Kompromisse finden.“

Die Dreistigkeit, mit der die linkslastige „Hilfsorganisation“ den Bruch des hippokratischen Eides und die systematischen Straftaten der unterlassenen Hilfeleistung als „Selbstverständlichkeit“ abtut, macht sprachlos.

Kontakt:

Hauptgeschäftsstelle Deutschland

Ärzte ohne Grenzen

Am Köllnischen Park 1

10179 Berlin

Tel: +49 (30) 700 130 0

Fax: +49 (30) 700 130 340

office@berlin.msf.org

(Spürnase: Ja natürlich)

Erdogan – ein Giftgasmörder?



Schwere Vorwürfe erheben Kurden, Menschenrechtsgruppen und deutsche Wissenschaftler gegen den mohammedanischen Türkenführer Erdogan. Wie die *taz* jetzt veröffentlichte, gibt es Hinweise darauf, dass die Türkei, ähnlich wie seinerzeit das Regime von Saddam Hussein, chemische Waffen im Konflikt mit den Kurden im türkisch-irakischen Grenzgebiet einsetzt.

Die [taz berichtet](#):

Die Fotos zeigen grauenhaft entstellte, schwer deformierte Leichen in offenen gelben Plastiksäcken. Die Gliedmaßen sind zerfetzt, grobe Nähte halten die Körper zusammen. Es sind Bilder, die man nicht in einer Zeitung oder im Netz abgebildet sehen möchte. Und sie dokumentieren möglicherweise ein Kriegsverbrechen der türkischen Armee.

Türkisch-kurdische Menschenrechtler hatten die 31 Bilder zugespielt bekommen. Im März übergaben sie sie Teilnehmern einer Delegation aus Türkei-Experten, Abgeordneten, Mitarbeitern der Vereinigung Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkriegs und der taz.

Die Bilder zeigen vier von insgesamt acht toten PKK-Kämpferinnen und Kämpfern im Alter zwischen 19 und 33 Jahren;

zwei Frauen und sechs Männer. Der Zustand der Leichen weckte bei den Kurden den Verdacht, dass die türkische Armee chemische Kampfstoffe gegen sie eingesetzt haben könnte. Wäre das wahr, hätte die Türkei gegen die von ihr ratifizierte UN-Chemiewaffenkonvention verstoßen, die den Einsatz solcher Waffen verbietet.

Die PKK-Kämpfer sollen im September 2009 nahe der Stadt Cukurca ums Leben gekommen sein. Das Gebiet ist eine Hochburg der kurdischen Guerilla. Nach ihren Angaben hat diese derzeit 7.000 bewaffnete Kämpferinnen und Kämpfer, immer wieder stoßen PKK-Einheiten aus Nordirak in diese Region vor.

Am 8. September meldete der türkische Generalstab, dass in Cukurca ein türkischer Soldat von der PKK getötet worden war. Die Militärführung schickte Hubschrauber, Einheiten der Armee rückten aus, um die Rebellen zu jagen. Solche Vorfälle sind keine Seltenheit in der Gegend, die seit dem Ausbruch der Kämpfe Mitte der Achtzigerjahre nie richtig zur Ruhe gekommen ist.

Den Menschenrechtlern zufolge hat ein Bewohner der Region den Zusammenstoß beobachtet. Die acht Kämpfer hätten sich in einer Höhle vor der herannahenden Armee versteckt. Die habe sie dort aufgespürt und ein größeres Geschoss in die Höhle gefeuert. Nach einer Wartezeit hätten Soldaten die leblosen Körper aus der Höhle geholt, auf sie geschossen und einige der Körper mit Panzerfahrzeugen überrollt.

In den letzten Wochen hat das rechtsmedizinische Institut der Uniklinik Hamburg-Eppendorf im Auftrag der taz die Bilder untersucht. Zwar besitzen solche Fotos nur einen sehr begrenzten Beweiswert. Doch die Ergebnisse des Eppendorfer Forensikers Jan Sperhake stützen die kurdische Darstellung: Eine der Leichen wies „hochgradige Zerstörungen“ auf, wie sie an „den Zustand nach Bahnüberfahrungen erinnern“, schreibt Sperhake. Teils quellen Leber, Darmschlingen und andere Organe aus den Körpern, die Muskulatur liege teils

großflächig frei, Gliedmaßen seien enorm zerstört. Neben vermutlichen Stich- und Schussverletzungen weisen die Toten auch Verletzungen auf, die auf eine Explosion zurückgehen könnten.

Vor allem aber zeigen zwei der abgebildeten Leichen eigentümliche großflächige Hautdefekte. So etwas kann theoretisch auch durch Hitze entstehen. Doch dies schließt Sperhake weitgehend aus: Kopfhaare, Lider, Brauen und Bart wiesen, soweit beurteilbar, keine Hitzeeinwirkungen auf. Sein Fazit: „Angesichts des Zustands der Leichen muss deshalb in Betracht gezogen werden, dass chemische Substanzen eingesetzt worden sein könnten.“

Um eine bloße Fälschung handelt es sich offenbar nicht. „Es gibt keinerlei Hinweise auf eine Manipulation“, sagt der Bildfälschungsexperte Hans Baumann, der die Aufnahmen ebenfalls begutachtete. „Die Bilder sind in sich vollständig konsistent. In dieser Form ist das praktisch nicht fälschbar“, sagt Baumann, der das Bildbearbeitungs-Fachmagazin Docma herausgibt.

Die türkische Regierung weist den Verdacht des Chemiewaffeneinsatzes zurück. Bei der PKK handele es sich um eine Terrororganisation, weshalb die Türkei ihren „multidimensionalen Kampf gegen sie entschieden fortsetzt“, erklärte das Außenministerium auf eine Anfrage der taz.

Doch die Türkei sei Unterzeichnerstaat der Chemiewaffenkonvention, weshalb sich im Inventar ihrer Streitkräfte keine biologischen oder chemischen Waffen befänden. Die Leichen seien nach einer Obduktion freigegeben und an Familien, Freunde oder „Sympathisanten der Terrororganisation“ übergeben worden. Warum und mit welchem Ergebnis sie obduziert wurden und wie sie zu Tode kamen, dazu verweigerte die Türkei Angaben.

Immer wieder erheben kurdische Organisationen den Vorwurf,

die türkische Armee würde nicht nur die Leichen toter Guerillas schänden, sondern auch chemische Waffen einsetzen – so, wie es Saddam Hussein 1988 beim Massaker von Halabdscha im Nordirak getan hat. Damals starben bis zu 5.000 Kurdinnen und Kurden qualvoll, mutmaßlich an einer Mischung aus Senfgas und Sarin. Doch dass auch die Türkei Chemiewaffen einsetzt, konnte nie bewiesen werden. Eine unabhängige Untersuchung ließ die Türkei aber auch nie zu.

Es wird Zeit, dass die internationale Gemeinschaft dem fanatischen Türkenführer Erdogan auf die Finger schaut. Offene Kooperation mit Schurkenstaaten und Terrororganisationen, jetzt der Vorwurf des illegalen Besitzes und des Einsatzes von chemischen Waffen – alles deutet darauf hin, dass sich in der Türkei ein neues Problem im Nahen Osten bildet, das an Brisanz schon bald dem Irak ähnlich werden könnte. Auch Saddam galt lange als Verbündeter des Westens. Sein Regime endete am Galgen. Daran sollte Erdogan gelegentlich denken.